

16.08.23

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zur Ersten Verordnung zur Fortschreibung des Wohngeldes nach § 43 des Wohngeldgesetzes (1. WoGFV)

Bundesministerium
für Wohnen, Stadtentwicklung
und Bauwesen
Parlamentarische Staatssekretärin

Berlin, 16. August 2023

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ersten Bürgermeister
Dr. Peter Tschentscher

Sehr geehrter Herr Prsident,

ich beziehe mich auf die Entschließung des Bundesrates vom 28. Mai 2021 betreffend die Erste Verordnung zur Fortschreibung des Wohngeldes nach § 43 des Wohngeldgesetzes (1. WoGFV) auf Drucksache 270/21 (Beschluss).

Der Beschluss enthält folgende Ziffer 3:

„Angesichts der bereits bestehenden hohen Belastungen für die Länderhaushalte durch die bisherigen Änderungen des WoGG und mit Blick auf die den Bund entlastenden Effekte spricht sich der Bundesrat erneut dafür aus, die in § 32 WoGG geregelte Quote der Bundesbeteiligung zu erhöhen, und bittet, die dafür notwendige Gesetzesänderung zu veranlassen.“

siehe Drucksache 270/21 (Beschluss)

Hierzu darf ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Bei der Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 2. November 2022 wurde unter Ziffer 5 der folgende Beschluss gefasst:

„[...] Bund und Länder finanzieren das Wohngeld auch weiterhin gemeinsam jeweils zu Hälfte. [...]“

Durch diesen Beschluss ist das Anliegen des Bundesrates hinfällig geworden.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Elisabeth Kaiser